

GESUNDHEIT VOR PROFIT

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe zu 20 Jahre Wiedergründung der PdA-POP Bern haben wir am 21. Oktober 2023 zu «Klatsche für Gesundheit» diskutiert. Alle Anwesenden waren sich einig, dass dies wichtige Thema weiter präsent bleiben muss. Daher hier ein Interview mit Simon Schwander, 45j, Anästhesiepfleger in Bern:

Im Kanton Bern sind die Krankenkassenprämien 2023 im Mittel um ca. 8.4% gestiegen; viele Menschen sollen dieses Jahr rund 10% mehr zahlen und wissen nicht wie. Die Prämien steigen schon seit Jahren und wir hören, dass die «steigenden Kosten» schuld sind. Im Dezember wurde auch deswegen im Parlament eine grundlegende Reform der Finanzierung im Gesundheitswesen beschlossen, EFAS. EFAS steht für eine einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen im Bereich der Akutversorgung. Es wurde beschlossen, dass sich Kantone und Krankenkassen zu gleichen Anteilen an der Finanzierung der ambulanten und stationären Leistungen beteiligen. Mehr Menschen sollen ambulant behandelt werden statt stationär im Spital und dadurch Kosten gespart. Das klingt doch gut. Warum hat der VPOD dagegen das Referendum ergriffen?

Das Problem bei EFAS ist nicht, dass ambulante Eingriffe gefördert werden sollen, sondern der Finanzierungsschlüssel. Bisher haben die Kantone den grössten Teil der ambulanten Kosten übernommen. Sprich: ambulante Leistungen wurden mit Steuergeldern finanziert. Diese werden einkommensabhängig erhoben, sind im Vergleich zu den Pro-Kopf-Abgaben der Krankenkassenprämien also eine gerechtere Abgabe.

Die Krankenkassen sollen nun neu einen grösseren Anteil an den ambulanten Leistungen übernehmen. Was wird passieren? Die (unsozialen) Krankenkassenprämien werden weiter steigen und die (profitorientierten) Krankenkassen werden mehr Mitspracherecht fordern bei der Leistungsgestaltung. Und



BRÄTELN AM 5. JULI

Freitag 5. Juli, ab 18 Uhr. Gemeinsames Bräteln der PdA und der Kommunistischen Jugend Bern. Familiengärten Engehald Bern (fast unter dem Felsenauviadukt). Wir stellen das Feuer und ein paar Getränke zur Verfügung. Das Essen bringt jede/r selber mit. Bei schlechter oder unsicherer Wetterprognose werden wir den Anlass am Vortag auf pdabern.ch absagen.

das hat noch nie zu Vorteilen für PatientInnen oder Gesundheitspersonal geführt.

Kurz: EFAS führt zu weiteren Erhöhungen der Krankenkassenprämien und zur Zunahme des Leistungsdrucks im Gesundheitswesen.

(Anm. der Redaktion: Ablauf der Referendumsfrist nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe)

Wie werden heute stationäre Leistungen im Spital festgelegt und finanziert? Bzw. was ist DiagnoseGroupRelated Finanzierung, DRG; kannst Du das kurz beschreiben?

Anhand der verschiedenen Diagnosen eineR Pati-

entIn erhält der Leistungserbringer (das Spital) einen definierten Geldbetrag, die Fallkostenpauschale. Verbleibt die PatientIn überdurchschnittlich lange im Spital und benötigt viele Leistungen, ist der Fall für die Leistungserbringer defizitär und umgekehrt.

Macht DRG verantwortungsbewusstes Arbeiten im Spital noch möglich? Oder anders gefragt, was sind die Haupthindernisse dafür, dass einE PatientIn heute medizinisch optimal versorgt wird?

Die Fallkostenpauschale führt dazu, dass ein Spital nur schwarze Zahlen schreiben kann, wenn es ständig stark ausgelastet und der Aufwand pro PatientIn möglichst klein ist. Das bedeutet, das ganze System läuft non-stop am Limit, es wird billig-Material verwendet; Leistungen wie Wäscherei, Reinigung, Logistik werden an Firmen mit prekären Anstellungsbedingungen ausgelagert; notwendige Investitionen in Geräte und Infrastruktur werden hinausgezögert. Das Personal ist ständigem Zeit- und Kostendruck ausgesetzt.

Und die Auswirkungen betreffen auch die nachbetreuenden Institutionen wie Rehasentren, Pflegeheime oder Spitex. Denn die PatientInnen werden aufgrund der Fallkostenpauschale früh aus dem Spital entlassen und sind entsprechend viel betreuungsbedürftiger.

Wenn sich meine PflegekollegInnen in sämtlichen Institutionen nicht dermassen ins Zeug legen würden, würde dieses System schon lange nicht mehr funktionieren.

Siehst Du in dem Zusammenhang auch Folgen der Privatisierungen vieler Spitäler?

Ich habe selber sowohl in öffentlichen als auch in privaten Spitälern gearbeitet. Ein Privatspital kann sich aussuchen, welche Leistungen es erbringen will und wählt hier natürlich Leistungen, die einen hohen Profit versprechen. Die ganzen unrentablen Fälle (ich entschuldige mich für die betriebswirtschaftliche Sprache, wo es doch eigentlich um Menschen geht) und die Vorhalteleistungen, darum dürfen sich die öffentlichen Spitäler kümmern.

Laut der SCOPHICA Studie von HES-SO und CHUV sind über 80% der Gesundheitsfachkräfte (sehr) zufrieden mit ihrer Arbeit, aber 11% erschöpft und 13% überlegen den Beruf auf-

zugeben, wenn sich die Arbeitsbedingungen nicht ändern. In der Pflege geben jeden Monat 300 Diplomierte ihren Beruf auf. Vor gut zwei Jahren, am 28.11.21 wurde die Pflegeinitiative angenommen und durch das Parlament danach als erste Etappe eine Ausbildungsinitiative geplant. Wo stehen wir heute?

Sicher: Das Gesundheitspersonal hat eine grosse Sinnhaftigkeit in seiner Arbeit und zeigt grosses Engagement. Aber es ist frustrierend, wenn du eine gute Ausbildung bekommst und einen grossen Sinn in deiner Arbeit siehst, die Arbeitsbedingungen dann jedoch vor allem von Zeit- und Spardruck geprägt sind.

Die Ausbildungsinitiative ist sicher ein wichtiger Teil auf dem Weg zu einer Verbesserung, aber deren Auswirkungen werden sich erst in einigen Jahren zeigen.

Was bräuchte es also jetzt ?

Es muss eine Druckentlastung stattfinden. Stellen- und Betreuungsschlüssel müssen erhöht, die Langzeitpflege und die Spitex gestärkt werden. Die Kompetenzen der Pflegenden zu erhöhen würde den ärztlichen Aufwand reduzieren.

An unserer Veranstaltung «Klatsche für Gesundheit», wurde als eine Teillösung eine öffentliche Einheitskrankenkasse vorgeschlagen, mit einkommens- und vermögensabhängigen Prämien, die direkt vom Lohn abgezogen werden. Ausserdem sollten Franchise und Selbstbehalt abgeschafft werden. Was denkst Du darüber?

Einheitskasse: Unbedingt! Der Wettbewerb unter den Krankenkassen verschlingt Unsummen an Marketing- und Verwaltungskosten. Und die Pro-Kopf-Prämien sind unglaublich unsozial. Eine Krankenkasse darf nicht profitorientiert sein, denn es geht um das Grundrecht auf medizinische Versorgung. Und dieses Grundrecht ist mit der heutigen Finanzierung nicht gewährleistet.

Medikamente machen 1/4 der Ausgaben der Grundversicherung aus, sagt Public Eye. Nicht nur während der Pandemie hat die Pharmaindustrie eigene Forschung ja auch durch den Aufkauf von oft universitären Start-Ups ersetzt. Kauft die Pharmaindustrie da nicht aus Steu-

ergeldern finanzierte Resultate und Patente?

Natürlich. Die Pharmariesen diktieren, was sie wollen. Drohen, wenn sie's nicht kriegen und die Politik kuscht. Ein grosser Teil der Grundlagenforschung ist öffentlich finanziert, die Gewinne sind dann allerdings privat. Kapitalismus in seiner Reinform.

Ein paar Ideen was zu verändern wäre haben wir schon benannt, wo würdest Du Prioritäten setzen für die Aktivitäten der PdA in den nächsten Monaten und Jahren?

Im Kampf für eine Einheitskrankenkasse. Eine solche Einheitskasse mit einkommensabhängigen Prämien kann durchaus mehrheitsfähig sein. Und ich sehe in einer solchen Institution einen wichtigen Schritt hin zu einem gerechter finanzierten Gesundheitswesen.

Und langfristig, «wohin» wollen wir bzw. wie stellen wir Gesundheit vor Profit?

Wichtigster Faktor für eine Gesundheitsversorgung, die allen Menschen nutzt, ist eine Grundversorgung, die niederschwellig erreichbar ist. Was bringt uns eine unglaublich teure Spitzenmedizin, wenn viele Menschen nicht einmal mehr eineN HausärztIn finden?

Dann braucht es gesetzliche Instrumente, um die Margen auf Medikamenten und Medizinaltechnik zu deckeln. Ein Beispiel aus dem OP: dort werden bei fast jedem Eingriff kleine Plastikklappen verwendet, um Gefässe abzuklemmen. Herstellungskosten: ein paar Rappen. Kosten für das Spital: 160 Franken. Dieser Preis ist durch nichts zu rechtfertigen.

Was wäre eine gute Grund-Versorgung? Welche Gesundheitseinrichtungen braucht es dafür wo?

Die Grundversorgung muss nah an den Menschen sein, in den Dörfern, den Städten. Es braucht HausärztInnen, Spitex, PhysiotherapeutInnen. HausärztInnen und Spitexpfleger, die genügend Zeit für ihre PatientInnen zur Verfügung haben, können viele Probleme erkennen und oft auch beheben, bevor die Probleme grösser und damit teurer werden.

Merci Simon.

MIETZINSDECKEL STATT LUXUS- SANIERUNGEN

Stadtrat Bern

**Motion Matteo Micieli (PdA), Raffael Joggi (AL)
Für eine soziale Wohnungspolitik – Mietzinsdeckel statt Luxussanierungen**

Auftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, um

1. eine verbindliche Definition von bezahlbarem Wohnraum festzulegen
2. in Zeiten von Wohnungsnot für Sanierungen, Umbau oder Abbruch und Ersatzneubau eine zusätzliche Bewilligungspflicht einzuführen
3. vorzeitige Sanierungen und preistreibende Renovationen (Luxussanierungen) von bezahlbaren Wohnungen nicht mehr bewilligungsfähig zu machen
4. einen Mietzinsdeckel nach Sanierungen einzuführen
5. ein Rückkehrrecht nach Sanierungen für die Mieter*innen einzuführen
6. die Vermieter*innen zu verpflichten, die Mietzins der Vormieterschaft den Mietinteressierten zwingend anzugeben

Begründung

Die Mietpreise für Wohnungen in der Stadt Bern steigen kontinuierlich an. Gegenüber dem letzten Jahr, 2023, sind die Mieten um drei Prozent gestiegen, wie Statistik Stadt Bern in der Mietpreiserhebung 2023 vom 7. März 2024 gezeigt hat.¹ Gleichzeitig sind gemäss der letzten Lohnstrukturerhebung des Bundesamtes für Statistik die Reallöhne bei leicht steigenden Nominallöhnen 2022 um 1,9 Prozent gesunken.² Es ist also notwendig, die Ziele, die die Stadt Bern in Art. 13 GO, Art. 1 des Reglements über Boden- und Wohnbaupolitik der Stadt Bern sowie als Ziel 3e der Stadtberner Wohnstrategie festhält, auszubauen. Die Stadt Bern muss das Recht auf Wohnen anerkennen und notwendige Massnahmen umsetzen, damit Personen, die in

der Stadt Bern wohnhaft und angemeldet sind, Wohnraum finden, der ihren finanziellen Möglichkeiten entspricht. Da auch die Stadtwohnungen von massiven Mietzinssteigerungen betroffen sind, zeigt sich, dass es nicht zu reichen scheint, markt-ergänzend zu funktionieren, wie das der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik festhält. Vielmehr müssen auch Lösungen gefunden werden, um den steigenden Mieten auf dem städtischen Immobilienmarkt Gegenhalt zu bieten. Nicht zuletzt, weil in der Schweiz die realen Mietkosten die erwarteten Mietkosten massiv übersteigen. Wie eine Studie vom Büro BASS zeigt, sind die Mieten gemäss Mietpreisindex 36,2 Prozent höher angestiegen, als das aufgrund der «relevanten Kostenfaktoren gemäss geltendem Mietrecht» zu erwarten gewesen wäre.³ Allein im Jahr 2021 haben so Mieter*innen schweizweit 10,4 Milliarden Franken zu viel Miete bezahlt. Seit Messbeginn im Jahr 2006 bis zur Veröffentlichung der Studie 2021 haben so Mieter*innen in der Schweiz über 100 Milliarden Franken zu viel Miete bezahlt. Dem müssen wir etwas entgegensetzen.

Sanierungen sind grundsätzlich energetisch sinnvoll und notwendig. Damit einher gehen logischerweise auch steigende Kosten auf Seite der Mieter*innen. Der in der Stadt Bern immer kleinere Teil an bezahlbarem Wohnraum muss aber dennoch besser geschützt werden. Vorzeitige Sanierungen oder preistreibende Renovationen sollten deshalb stark eingeschränkt werden. Abgesehen davon, dass sie ökologisch schädlich sind, treiben sie die Mieten in der Stadt unnötig in die Höhe und verdrängen so einkommensschwächere Mietparteien, Familien und alleinerziehende Elternteile. Solche Verdrängungen durch Kündigungen und Mietzins-erhöhungen müssen deshalb in der Stadt Bern kontrolliert werden. Eine sozialere Wohnpolitik ist dringend nötig, um Armut, prekären Lebenssituationen und der Verdrängung im Stadtraum entgegenzuhalten. Bauen allein reicht da nicht. Dies, zumal Neubauwohnungen fast immer einen höheren Mietzins zur Folge haben als bestehende Wohnungen und genossenschaftliche Wohnbauprojekte. Basel-Stadt macht es vor und hat eine Verordnung über den Schutz von Wohnraum beschlossen. So gilt in Zeiten von Wohnungsnot (in Basel bei einer Leerstandquote von $\leq 1,5\%$) für Sanierung, Umbau oder Abbruch und Ersatzneubau von Wohnraum eine zusätzliche Bewilligungspflicht

mit Mietzinskontrolle. Falls die Mieter*innenschaft in dieser Zeit ausziehen muss, haben sie ein Recht auf Rückkehr in die sanierte oder umgebaute Liegenschaft. Die Mietzinsentwicklung wird dabei nach Sanierungen oder einem Umbau während fünf Jahren kontrolliert und durch einen maximalen Mietzinsaufschlag gedeckelt. Diese Bestimmungen gelten dabei für den geschützten bezahlbaren Mietwohnraum.⁴

Bern muss hier nachziehen!

1 https://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/in_kuerze. Siehe auch Bund-Artikel vom 07.03.2024: <https://www.derbund.ch/mietpreise-stadt-bern-wohnen-wird-immer-teurer-320533103639>

2 <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/loehne-erwerbseinkommen-arbeitskosten.html>

3 https://www.buerobass.ch/fileadmin/Files/2022/2022_MV_Entwl_Rend_Mietwhg_Studie_DE.pdf

4 <https://www.regierungsrat.bs.ch/nm/2022-neue-wohnschutzbestimmungen-treten-per-28-mai-2022-in-kraft-rr.html>

Matteo Micieli, Stadtrat PdA Bern

VOR DEN WAHLEN: PRO ODER CONTRA PARLA- MENTARISMUS?

In den Städten Bern und Biel/Bienne stehen nächsten Herbst Wahlen in den Stadt- und Gemeinderat an. Regelmässig stellt sich die Frage, ob der Parlamentarismus der geeignete Weg für unsere Partei ist. Darauf möchte ich an dieser Stelle eingehen.

Zunächst steht die Frage im Raum, ob der Parlamentarismus eine ausserparlamentarische Opposition (APO) ausschliesst. In meinen Augen kann das widerlegt werden. Parlamentarier*innen können sich selbstverständlich an der APO beteiligen. Rege Teilnahmen unserer Parlamentarier*innen an Demonstrationen und Kundgebungen, in der ganzen Schweiz, belegen das.

Die Partei der Arbeit in den Städten Bern und Biel/Bienne ist zudem in der Situation, keine Exekutivmitglieder (Gemeinderät*innen) zu stellen. Was wiederum einen Widerspruch verhindert, in dem

Sinne, dass ein Gemeinderatsentscheid, der im Kollegialitätsprinzip gefällt wurde, jederzeit in Abrede gestellt werden kann.

Mir ist bewusst, dass ein Teil unserer Genoss*innen einen kritischen Blick auf den Parlamentarismus wirft. Oft im Sinne, dass zu viele Kompromisse eingegangen werden müssten und so dem «mainstream» gefolgt würde.

Da kann ich, unter Erwähnung einiger Interventionen der PdA/POP im Stadtrat Biel/Bienne, entgegenhalten. Natürlich ist die Vertretung der PdA/POP im Stadtrat nicht selbständig mehrheitsfähig, mit Überzeugungsarbeit und entsprechender Hartnäckigkeit ist jedoch einiges möglich.

Die Intervention für eine autofreie Altstadt ist so ein Beispiel. Zunächst war die PdA/POP allein auf weiter Flur. Nach Rücksprachen und diversen Diskussionen konnten Parlamentarier*innen verschiedener Parteien von der Notwendigkeit dieser Intervention überzeugt werden. Leider reichte es nicht für eine Mehrheit im Rat. Die Diskussionen haben jedoch bewirkt, dass sich auch der Gemeinderat dem Thema annimmt und die PdA/POP etwas «anstossen» konnte.

Ein weiteres Thema, das auch von der PdA/POP eingebracht wurde, ist Tempo 30 auf dem ganzen Stadtgebiet. In ähnlichem Rahmen wie bei der obengenannten Intervention konnten verschiedene Parlamentarier*innen überzeugt werden. Leider konnte auch in diesem Fall keine Mehrheit gefunden werden. Zu erwähnen ist, dass dieser Vorstoss die Grünen wachgerüttelt hat und somit ebenfalls gewisse, noch etwas unreife Früchte trägt. Aber es geht weiter.

Erfolge konnten auch erzielt werden. So zielte eine Intervention der PdA/POP auf die Anpassung der Minimallöhne für die Angestellten der Stadt Biel/Bienne ab. Vorgängig musste festgestellt werden, dass die unterste Gehaltsstufe in der Stadt bei CHF 3'583.10 liegt. Das bei einer Anstellung zu 100%! Ein unglaublicher Missstand, für eine Stadt, die folgende Aussagen auf ihrer Website veröffentlicht:

«Die Stadt Biel als Arbeitgeberin
2500 Mitarbeitende der Stadtverwaltung erbringen vielfältige Dienstleistungen für die Bieler Bevölke-

*rung. Die Stadt bietet ihnen attraktive Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen und Bildungsmöglichkeiten. Als Arbeitgeberin erwartet die Stadt von ihren Mitarbeitenden aktives Mitdenken, Initiative, Kundenorientierung sowie die Bereitschaft, Veränderungen mitzugestalten und mitzutragen. Im Gegenzug bietet sie vielfältige, interessante Tätigkeiten und attraktive Arbeitsbedingungen. Dazu gehören **marktgerechte Löhne** und vorteilhafte Sozialleistungen, ein flexibles Arbeitsmodell, gleiche Chancen für Frauen und Männer sowie ein breites Aus- und Weiterbildungsangebot.»*

Zitat Ende.

Die PdA/POP forderte eine Anhebung der tiefsten Löhne auf mindestens CHF 4'000.- bei 100%.

Die Intervention erreichte im Rat eine Mehrheit und führte dazu, dass die SP noch eine Motion nachschob, mit dem mehr oder weniger gleichen Inhalt. Erreicht wurde, dass keine Löhne mehr unter CHF 4'000.- liegen.

Natürlich nur ein kleiner Schritt, aber immerhin eine Verbesserung für die Betroffenen.

Dies nur drei von vielen Beispielen, die aufzeigen, dass der parlamentarische Weg durchaus erfolgreich sein kann. Ohne die APO zu vergessen!

In dem Sinne: Geht wählen und vergesst dabei die PdA/POP nicht.

Pesche Heiniger, Stadtrat PdA/POP, Biel/Bienne

STADTRATSWAHLEN

Die PdA POP wird an den diesjährigen kommunalen Wahlen in Biel (22. September 2024) und in Bern (24. November 2024) teilnehmen, um unsere Stadtratssitze zu verteidigen und unsere parlamentarische Vertretung möglichst zu vergrössern. Kannst Du Dir vorstellen, uns dabei zu unterstützen, indem Du auf unserer Liste kandidierst? (ist auch als ParteiloseR möglich) Dann melde Dich bitte unter mail@pdabern.ch, damit wir gemeinsam darüber sprechen können. Vielen Dank!

VERGESSEN WIR DIE REVOLUTION?

«Die Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: in diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen.» Antonio Gramsci

Die Welt steht in Flammen, im Wahlkampf konkurrieren die selbsterkorenen kompetenten Parteien und reden dann schlussendlich nur leere Worte im Parlament. Was haben wir dort noch zu suchen? Das Bieler Parlament ist ein Schaustück der bürgerlichen Perversion. Die «linke» Stadt, die es nicht wagt, sich aus den Schranken der neoliberalen Politik zu befreien und den nötigen Kurswechsel anzustreben. Dem Namen «das Rote Biel» werden wir nicht mehr gerecht und die bürgerliche Demokratie stösst an ihre Grenzen.

Die linke Mehrheit in Biel nutzt ihren Vorteil nicht aus. SP und Grüne gehen sinnlose Kompromisse mit rechten Parteien ein und lassen sich von ihnen einschüchtern. Deutlich wurde dies bei Verhandlungen zur neuen Stadtordnung. Ein «Runder Tisch» wurde einberufen, an dem alle Fraktionen teilnahmen und ein Dokument entstand, welches von den Rechten schlussendlich als Druckmittel genutzt wurde, um die sogenannten Linken während der Verhandlungen zu zähmen.

Kompetenzen des Bieler Stadtrats (Legislative) werden wiederholt an den Gemeinderat (Exekutive) übertragen, was besonders deutlich beim Fall der Sozialhilfekommission wurde. Stadträt*innen haben in mehreren bezahlten Sitzungen ein Reglement für die Einführung dieser Kommission erarbeitet. Der Gemeinderat erklärte dies aber als nicht umsetzbar, weil es den geltenden Rechtsgrundlagen widerspreche. Der Gemeinderat erachtete sich auch nicht als zuständig und deshalb wurde die Gründung hinausgezögert. Die Sozialhilfekommission wurde für die Sitzung im Mai traktandiert, jedoch mussten wir als PdA einen Rückweisungsantrag einreichen.

Wir wurden misstrauisch, da der Bericht widersprüchlich und von einer Beschwerde die Rede war. Auch der Vorschlag des Gemeinderats, dass die entsprechende Direktion selbst als Sozialhilfekom-

mission fungieren sollte, war lächerlich. Nach eigenen Recherchen kam heraus, dass es sich bei der Beschwerde um eine aufsichtsrechtliche Anzeige beim Regierungsstatthalteramt handelte. Trotzdem wurde das Traktandum vorzeitig von der Mai-Sitzung gestrichen, aufgrund «vieler verschiedenen Meinungen und heterogener Änderungsanträge.» Wir reagierten mit einer Interpellation und wollten die Heuchelei aufdecken. An der Sitzung im Dezember wurden sowohl die Sozialhilfekommission als auch unsere Interpellation behandelt, was die Aufarbeitung im Stadtrat erschwerte. Schlussendlich waren sich die Fraktionen einig, dass der Gemeinderat mit der Arbeit beauftragt wird. Trotz Uneinigkeiten war sich das Parlament leider trotzdem einig.

Die Arbeit im Parlament ist zwar ermüdend, aber dennoch notwendig, um Widersprüche aufzudecken und so effektiver zu kämpfen. Es ist unsere Aufgabe aufzuzeigen, was falsch läuft; es nur zu behaupten, wäre nicht richtig. Wir müssen die Grenzen der Politik im Kapitalismus klar aufzeigen. Nur so bieten wir den Menschen, die mit dem Begriff Kommunismus noch nichts anfangen können, eine Alternative. Schlussendlich ist der Kommunismus keine Utopie, sondern ein übergeordnetes Ziel. Wir werden der Sache nur gerecht, wenn wir an allen Fronten kämpfen. Um dies zu erreichen, müssen wir effektivere Strukturen schaffen, um die Menschen ausserhalb der Parlamente über das Geschehen in den Parlamenten zu informieren. Wir müssen Mechanismen entwickeln, um das Wissen unserer Genoss*innen besser in unsere parlamentarische Arbeit zu integrieren, und wir benötigen konstruktive Kritik, um der Sache gerecht zu werden. Wir sind auf die Unterstützung angewiesen – sei es bei Sitzungen, in den verschiedenen Organen der Partei, an den Urnen, in den Parlamenten, auf den Strassen oder bei Veranstaltungen. Befreien können wir uns nur selbst.

Pir Ché Celik, Stadtrat PdA/POP, Biel/Bienne

Impressum:

PdA POP Partei der Arbeit des Kantons Bern
Quartiergasse 17, Postfach, 3001 Bern
www.pdabern.ch / www.popbienne.ch
mail@pdabern.ch / Kontonummer 30-26786-9